

Antrag der Fraktion der CDU

Wohnungsbau - Potenzialflächen zur Binnenverdichtung ermitteln

I. Vorbemerkung:

Auf Antrag der CDU-Fraktion wurde für die Gemeinde Niederkrüchten ein Masterplan Wohnen erstellt und vom Gemeinderat in seiner Sitzung am 02.07.2019 beschlossen. Mit der Verabschiedung hat sich der Rat entschieden, die Wohnungsbaupolitik in der Gemeinde aktiv zu steuern.

Als wesentliche Ergebnisse stellt der Masterplan Wohnen fest, dass in der Gemeinde bis zum Jahr 2035 ein Bedarf von 1.060 Wohneinheiten besteht. Die Zahl der kleineren Haushalte wird strukturell deutlich ansteigen während die Zahl der größeren Haushalte rückläufig sein wird. Im Bereich der kleinen Wohnungen besteht ein wachsendes Defizit, während es im Bereich der Einfamilienhäuser zunehmende Überhänge gibt. Der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an den fertiggestellten Wohneinheiten lag in den vergangenen Jahren dennoch bei fast 80 %. Der Anteil öffentlich geförderter Mietwohnungen liegt mit 3,1 % bei nur einem Drittel des nordrhein-westfälischen Durchschnittswerts. Durch den Anstieg der älteren Menschen besteht ein großer Bedarf an Wohnungen mit Service. Zentral gelegene Grundstücke, die einzeln oder im Verbund mit weiteren Grundstücken für kleinteiligen Wohnungsbau geeignet sind, geraten deshalb in den Mittelpunkt des Interesses.

Die CDU-Fraktion schlägt vor, die Gemeindeverwaltung nach dem Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ mit der Ermittlung von Potenzialflächen für die Binnenverdichtung in den Ortslagen zu beauftragen. Durch die Binnenverdichtung mit Wohnbauflächen wird mit Frei- und landwirtschaftlich genutzten Flächen im Außenbereich sparsamer umgegangen. Der auf die freie Landschaft wirkende Baudruck wird verringert, die vorhandene Infrastruktur optimaler genutzt.

II. Der Rat der Gemeinde Niederkrüchten beschließt:

Der Rat beauftragt die Gemeindeverwaltung, nach dem Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ in den Ortslagen Potenziale für eine Binnenverdichtung mit Wohnbauflächen zu ermitteln.

Johannes Wahlenberg

und die Fraktion der CDU